

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Dezember 2015 | Nummer 4



GfbV-Bericht: Die Situation von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern im Kosovo



Kreislauf der erzwungenen Migration

Seit Jahren müssen Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, wie die drei Romagruppen im Kosovo genannt werden, ihre Heimat verlassen, da sie dort kein menschenwürdiges Leben führen können und immer noch unter den Nachwirkungen der gewalt-samen Vertreibung in der Nachkriegszeit leiden, als Zehntausende von ihnen vertrieben und ihre Siedlungen zerstört worden sind. Sie sind weiterhin von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen, sind systematischer und kumulativer Diskriminierung ausgesetzt, haben kaum Zugang zu Wohnraum oder zum Arbeitsmarkt und ihre Kinder werden in den Schulen drangsaliert. Auf der anderen Seite verneinen westeuropäische Regierungen jegliche Gefährdungssituation der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo und schicken sie zurück bzw. tun so als würden sie die Menschen zurück-schicken, da ihnen angeblich keine Verfolgung drohe.

Im Kosovo lebten vor dem bewaffneten Konflikt zwischen dem damaligen serbischen Regime unter Slobodan Milosevic und der albanischen Rebellenorganisation UCK mindestens 150 000 Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter. Direkt nach dem Konflikt waren es ca. 30 000. Jetzt schätzen die Behörden, dass sich 40 000 bis 50 000 im Kosovo befinden.

ENTZUG DER VORLÄUFIGEN SCHUTZGEWÄHRUNG UND ZWANGSRÜCKFÜHRUNGEN

Zehntausende fanden nach dem Konflikt vorläufigen Schutz in Westeuropa; Asyl wurde nur sehr wenigen gewährt. Seit einigen Jahren werden sie wieder in den Kosovo zurückgeschickt bzw. entziehen die westeuropäischen Länder ihnen die vorläufige Schutzgewährung. Alleine in Deutschland haben zwischen 2004 und 2013, 28 000 Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter diesen Status verloren. Nimmt man noch die Schweiz



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



«Eine Familie mit drei Kindern kann maximal €70 Sozialhilfe erhalten, aber nur, wenn ein Kind höchstens vier Jahre alt ist.»

und weitere EU-Mitgliedsstaaten hinzu, so kommen noch mehrere tausend Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter hinzu, die in den letzten Jahren ihren vorläufigen Schutz verloren haben. Allerdings sind die meisten entweder nie im Kosovo angekommen oder haben ihn inzwischen wieder verlassen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (GfbV) hat daher eine Befragung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern durchgeführt, die aus Westeuropa wieder in den Kosovo abgeschoben worden sind. Es wurden 40 Haushalte befragt, die im Kosovo geblieben sind und 30 Haushalte, die nach ihrer zwangsweisen Rückführung in den Kosovo nach Serbien gezogen sind. Die GfbV wollte mehr über ihre Lebensumstände erfahren und herausfinden, warum so viele den Kosovo wieder verlassen haben.

Anfang August 2015 wurden die befragten Familien wieder kontaktiert. Im Kosovo waren von den 40 Haushalten noch 7 anwesend; 33 hatten das Land verlassen. Von den 30 Haushalten in Serbien waren 15 wieder in Westeuropa.

Diese Zahlen deuten auf die Unsinnigkeit der westeuropäischen Politik hin. Die Menschen haben keine Chancen auf ein menschenwürdiges Leben im Kosovo und stehen vor der Wahl, entweder zu hungern und auf der Strasse zu leben oder das Land zu verlassen. Das ist nicht nur den westeuropäischen Regierungen längst klar, sondern auch der Regierung des Kosovo.

Die westeuropäischen Regierungen wollen nicht anerkennen, dass die drei Gruppen einer systematischen Diskriminierung ausgesetzt sind und daher aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit in einer katastrophalen Lage sind. Aber auch die kosovarische

Regierung unternimmt kaum Massnahmen, um die Situation dieser Minderheiten deutlich zu verbessern. Sie scheint sogar bewusst in Kauf zu nehmen, dass ihre eigenen Staatsbürger ihre Heimat verlassen müssen, um überleben zu können. Westeuropa wiederum lässt die kosovarische Regierung gewähren, da es den Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter offiziell Schutz gewähren müsste, wenn es die tatsächliche Situation anerkennen würde.

KEINE LEBENSGRUNDLAGE IM KOSOVO

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist für die drei Gruppen katastrophal. Unter den Haushalten, die die GfbV im Kosovo befragte, gab es keine einzige Person, die eine legale Anstellung hatte. 40% konnten durch informelle Tätigkeiten ab und zu etwas verdienen. Die Haupteinnahmequelle waren jedoch Überweisungen von Angehörigen aus Westeuropa – 77,5% der Befragten im Kosovo gaben dies an. Nur 15% nannten Sozialhilfe als Einnahmequelle. Eine Familie mit drei Kindern kann maximal €70 Sozialhilfe erhalten, aber nur, wenn ein Kind höchstens vier Jahre alt ist. Dazu kämen noch €5 Kindergeld pro Kind; insgesamt also viel zu wenig, um menschenwürdig zu leben.

Die Überweisungen aus Westeuropa sind überlebenswichtig, was durch die Umfrageergebnisse aus Serbien indirekt bestätigt wird. In Serbien gaben nur 20% der Befragten Überweisungen aus Westeuropa als Einnahmequelle an. Jedoch erhielten 53,33% Sozialhilfe, welche in Serbien allerdings höher sein kann als im Kosovo.

Der Auswanderungsdruck wird durch die katastrophale Wohnungssituation zusätzlich verstärkt. Viele Häuser wurden in der Nachkriegszeit zerstört oder sind seither illegal besetzt. Etliche Roma

verkauften unter Druck ihr Haus, da sie wussten, dass sie nie dahin zurückkehren können. Von den Wiederaufbaumaassnahmen in der Nachkriegszeit konnten sie nur in geringem Masse profitieren.

50% der Befragten in Serbien gaben an, dass ihre Häuser entweder zerstört oder besetzt sind. Viele der nach Serbien Geflüchteten waren anscheinend gezwungen, den Kosovo zu verlassen, da sie keinen Wohnraum hatten. Unter den im Kosovo Gebliebenen gaben nur 15% an, dass ihr Haus zerstört oder besetzt ist. Knapp über die Hälfte lebte mit Verwandten oder hatte Wohnraum angemietet, zumeist von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern, die im Ausland leben.

Ohne Überweisungen aus Westeuropa sind also viele Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter gezwungen, den Kosovo zu verlassen, da ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt ist und die staatlichen Transferleistungen ein Überleben in Würde nicht ermöglichen. Je mehr Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter – die derzeit in Westeuropa leben – jedoch in den Kosovo geschickt werden, desto weniger Überweisungen wird es geben und umso mehr Menschen müssen den Kosovo verlassen. Auch der Mangel an verfügbarem Wohnraum zwingt sie dazu, ihre Heimat zu verlassen. Die Rückführung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter verschlimmert die Wohnungssituation zusätzlich und zwingt weitere Menschen, den Kosovo zu verlassen.

Text: Stephan Müller
Fotos: Beat Schweizer



@
Download des Berichts
in Englisch unter:
www.gfbv.ch/kosovo



Editorial

Der brutale Bürgerkrieg in Syrien fordert viele Opfer und treibt Millionen von Menschen in die Flucht. Die Flüchtenden nehmen dabei hohe Risiken auf sich. Für viele ist das Ziel Europa. Und viele – zu viele – kommen nie an. Europas Festung verschliesst zunehmend die Tore. Doch die Menschen kommen in ihrer Verzweiflung weiterhin. Und die Zivilgesellschaft greift dort ein, wo die Staaten versagen. Die Solidarität ist gross, gegen die politischen Massnahmen, die teilweise menschenrechtsverletzend sind, kommen sie auf die Länge jedoch nicht an.

Unter dem Eindruck dieser Flüchtlingsströme werden nun in Europa Länder wie der Kosovo oder Serbien zu «sicheren Ländern» deklariert. Damit soll Asylgesuchen aus diesen Ländern der Riegel vorgeschoben werden. Das hat jedoch einen Haken: Unsere aktuelle Studie «Lost in Transition» beschäftigt sich mit den Roma, die in der Migrationsfalle gefangen sind. Sie werden in den Herkunftsländern massiv diskriminiert, haben kaum Zugang zu Arbeit und leben in bitterster Armut. Aus dieser Armut flüchten sie Richtung Westeuropa, wo sie wieder innert kürzester Zeit zurück geschickt werden – ein Teufelskreis. Diese Menschen bleiben auf der Flucht mit der einzigen Option, in die Illegalität abzutauchen. Mehr zum Versagen Europas im Umgang mit diesen Minderheiten lesen Sie in dieser Voice.

Weit weg von hier, in den Anden Perus, wird die Kleinbäuerin Máxima Acuña de Chaupe und ihre Familie von der Polizei drangsaliert. Grund dafür sind die wirtschaftlichen Interessen der grössten Goldmine Südamerikas, Yanacocha. Diese steht mit der lokalen Bevölkerung auf Kriegsfuss, denn die wenigsten profitieren von der Mine, fast alle aber leiden unter den negativen Folgen. Wir unterstützen Máximas Kampf um ihre Rechte. Und mit Ihrer Unterstützung können wir uns auch weiterhin für die Anliegen der lokalen Bevölkerung einsetzen!

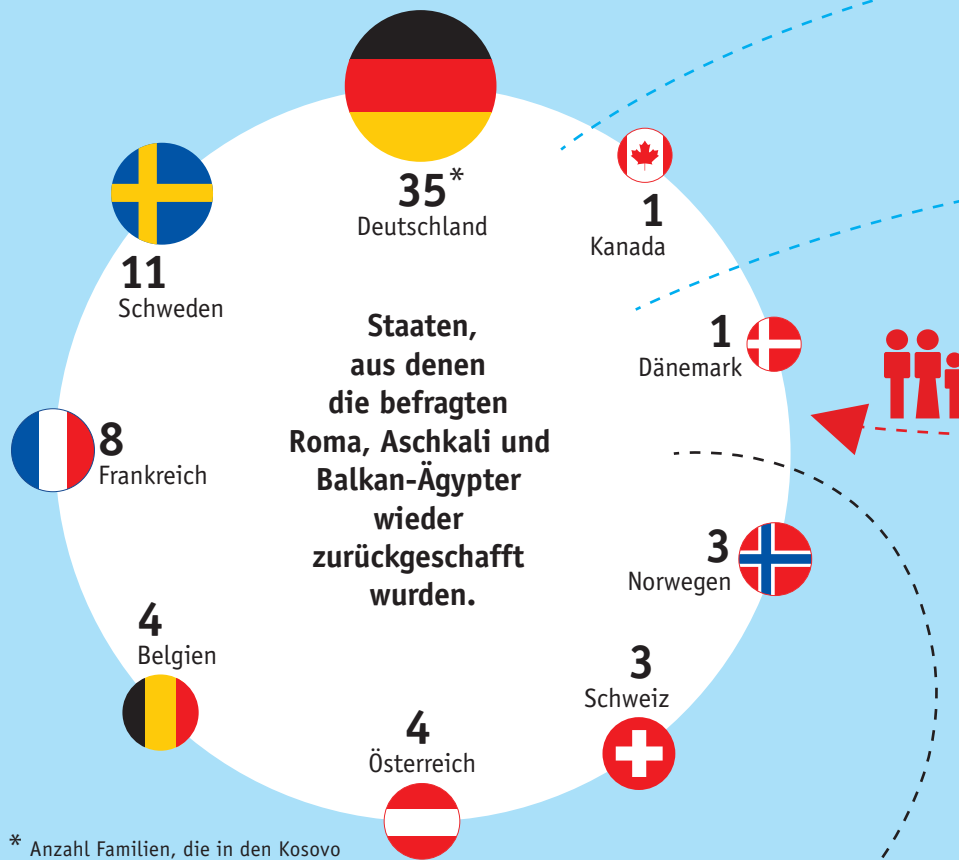
Spannendes und Neues gibt es auch zu Sri Lanka zu erzählen. Lassen Sie sich überraschen.

Herzlich

A handwritten signature in black ink that reads 'Wiedmer'.

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter GfbV

Gefangen im Teufelskreis



* Anzahl Familien, die in den Kosovo zurückgeführt wurden.

Leben in der «Illegalität» Westeuropas

Lost in T...

ROMA, ASCHKALI &

Aktuell erklären einige Länder als sicheren Herkunftsstaat. Aschkali und Balkan-Ägypter führt werden. Doch nur w zurück, da sie im Kosovo diskriminiert werden und gungen vorfinden. Die v Westeuropas und die nicht ionspolitik» Kosovos zwie nenten Migrationskreislau

Die Perspektivlosigkeit im Kosovo zwingt die Mehrheit der abgeschobenen Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter entweder in Westeuropa in den Untergrund zu gehen oder in einen der informellen Slums in Serbien zu ziehen.

---> Rückführung - - -> Erneute Abw



GfbV- Umfrage

Die GfbV führte im Zeitraum von November 2014 bis Februar 2015 40 Interviews mit in den Kosovo zurückgeführten Roma. Sie realisierte sie mit Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern, die nach der Rückführung nach Serbien gezogen sind. Die Fragen betrafen Sozialdienstleistungen, Gesundheitssituation sowie Bildungssituation.

Transition & BALKAN-ÄGYPTER

änder den Kosovo wieder hat, weshalb viele Roma, unter in ihr Land zurückge-venige kehren tatsächlich o aufgrund ihrer Ethnie unhaltbare Lebensbedin-verfehlte Rückkehrpolitik t umgesetzte «Reintegra-angen sie in einen perma-f.

änderung - - - ► Flucht in die «Illegalität»

ma, Aschkali und Balkan-Ägyptern durch. Weitere 30 Befragungen en bezogen sich unter anderem auf Einkommensquellen,

Kosovo



GELDÜBERWEISUNGEN AUS WESTEUROPA

Die Haupteinnahmequelle von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern im Kosovo stellen Geldüberweisungen von Familienmitgliedern aus Westeuropa dar. Werden diese Verwandten ebenfalls zurückgeführt, entfällt ihre Lebensgrundlage und sie sind gezwungen, den Kosovo zu verlassen.



PREKÄRE WOHN-SITUATION

Die Wohnungen vieler Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern, die während des Kosovokrieges 1999 zerstört wurden, sind noch immer unbewohnbar, besetzt oder wurden nicht wieder errichtet.



EINGESCHRÄNKTER ZUGANG ZU BILDUNG

Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern werden häufig nicht ins Schulsystem integriert. Rückkehrende aus Westeuropa haben es besonders schwer, da sie oft keine Diplome oder Anerkennung dieser haben. Auch die Sprachbarriere stellt in vielen Fällen ein grosses Hindernis dar.

Serbien



BESSERER SOZIALSCHUTZ

Viele Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern ziehen es vor, in Serbien statt im Kosovo zu leben. Der Hauptgrund dafür ist das in Serbien bessere Sozialschutzsystem.



PREKÄRE WOHN-SITUATION

Obwohl die Situation in Serbien schlechter ist, ziehen es viele Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern vor, nach Serbien weiter zu ziehen, da ihre Häuser im Kosovo zerstört wurden oder illegal besetzt sind.



BILDUNG

Grundsätzlich lassen sich Fortschritte hinsichtlich der Integration von Roma ins Bildungssystem feststellen. Trotzdem ist die Schulbesuchsrate unter Roma-Kindern und -Jugendlichen – insbesondere in der Oberstufe – bedeutend niedriger als unter serbischen Kindern und Jugendlichen.

Sri Lanka im Jahr 2015 –

MACHTWECHSEL OHNE SYSTEMATISCHE VERÄNDERUNG

Sri Lanka hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Im Januar kam es zu einem unerwarteten Machtwechsel. Das alte diktatorische Regime wurde abgewählt und mit Maithripala Sirisena ein neuer Präsident eingesetzt. Gute Regierungsführung, Einhaltung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung waren die wichtigsten Versprechungen der neuen Regierung. Einiges wurde umgesetzt und verbessert. Die Situation der tamilischen Bevölkerung hat sich jedoch kaum verändert: Es kommt weiterhin zu systematischen Folterungen durch Sicherheitskräfte und Verhaftungen aus politischen Gründen. Gegen Ende Jahr wurden zwei Berichte zu den begangenen Kriegsverbrechen während des Bürgerkrieges veröffentlicht. Wie das Land mit diesen Erkenntnissen umgeht, bleibt abzuwarten.



Präsidentschaftswahl: Sri Lanka wählte Maithripala Sirisena zum neuen Präsidenten. Der diktatorisch regierende Mahinda Rajapaksa hat die Wahl überraschenderweise verloren. Während der Wahlkampf von Gewalt geprägt war, blieb es am Wahltag selbst ruhig. Sirisena versprach in seinem Manifest gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, die Achtung der Menschenrechte und die Wiederherstellung des Rechtsstaats. Die GfbV war während der Wahl vor Ort mit dabei.



Parlamentswahlen: Sri Lanka wählte im August ein neues Parlament. Die Wahlen verliefen, im Vergleich zu früheren nationalen Wahlen, äusserst friedlich. Die Koalition, welche bereits im Januar die Wahl Sirisenas zum Präsidenten unterstützte, erreichte die meisten Sitze, nicht jedoch die absolute Mehrheit. Nach der Wahl wurde eine nationale Regierung – mit Einbezug der beiden grossen, sich konkurrierenden Koalitionen – gegründet. Die GfbV beobachtete auch diese Wahlen.

JANUAR

APRIL

AUGUST

SEPTEMBER

2015

100 Tage Sirisena: Nach der Wahl veröffentlichte der neue Präsident ein 100-Tage-Programm, welches er in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit umsetzen wollte. Es ist dann auch zu einigen punktuellen Verbesserungen in Bezug zu Menschenrechten gekommen. Die Situation der tamilischen Bevölkerung hat sich jedoch nicht grundsätzlich verändert. Die GfbV beobachtete die Entwicklungen in Sri Lanka genau und erstellte einen Bericht zu den ersten 100 Tagen aus menschenrechtlicher Perspektive.



PERU: WEITERHIN STRAFLOSIGKEIT BEI MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Die Lage rund um das Bergbauprojekt Conga der Firma Yanacocha in Cajamarca bleibt konfliktgeladen. Die Menschenrechtssituation gibt weiterhin Anlass zu grosser Sorge. Anfang November etwa fand ein Gerichtsprozess gegen eine Gruppe von Protestführern statt, der gekennzeichnet ist von der Missachtung grundlegender Verfahrensrechte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass hinter den einzelnen Anklagen die Firma Yanacocha steckt, die gemeinsam mit der peruanischen Regierung darauf abzielt, die Proteste gegen ihre Goldabbauaktivitäten im Keim zu ersticken.

Die Parteilichkeit der Justizorgane zugunsten der Regierungs- und Unternehmensinteressen ist nicht neu. Die GfbV hat schon 2012 und 2013 in ihren Berichten auf die massiven Menschenrechtsverletzungen rund um das Projekt Conga hingewiesen. 2012 wurden fünf Personen bei Protesten gegen Conga erschossen und viele weitere verletzt. Die gewaltsamen Vorfälle wurden nicht oder nur unzureichend untersucht. Kommt es trotzdem zu einem Verfahren, so bleiben Gewaltanwendungen durch Polizei und Armee vielfach straflos – es ist gar eine Systematik der Straflosigkeit zu beobachten zum Vorteil derer, die Proteste aus der Bevölkerung unterdrücken.

Solange rund um die Aktivitäten von multinationalen Unternehmen solche massiven Menschenrechtsverletzungen vorkommen, wird die GfbV weiterhin am Thema dranbleiben und von den Verantwortlichen die Aufklärung und Wiedergutmachung der Straftaten verlangen. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung respektiert und die Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden. Wir nehmen die peruanische Regierung in die Pflicht, damit sie die Bevölkerung schützt. Aber auch Rohstoffunternehmen wie Yanacocha und ihr Mutterkonzern Newmont Mining müssen menschenrechtskonform handeln. Letztlich muss auch die Schweizer Raffinerie Valcambi ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen, denn sie ist die grösste Abnehmerin des Rohgoldes von Yanacocha.



Paranagama-Bericht: Sri Lanka veröffentlichte im Oktober einen eigenen Bericht zur letzten Phase des Bürgerkrieges. Auch der Paranagama-Bericht zeigt auf, dass beide Seiten mutmasslich für Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Auch hier wird – ähnlich wie im UNO-Bericht – eine internationale Beteiligung bei der Aufarbeitung der mutmasslich begangenen Verbrechen gefordert.

OKTOBER

Bericht und Resolution des UNO-Menschenrechtsrates:

Der Bericht des Menschenrechtsrates zeigt schonungslos die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die mutmasslich von beiden Seiten begangen worden sind. Der Hochkommissar für Menschenrechte empfiehlt den Aufbau eines Hybrid-Gerichts mit internationalen sowie nationalen Richtern und Anwälten, um die mutmasslich begangenen Verbrechen aufzuarbeiten. Weiter soll Sri Lanka das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifizieren, den Versöhnungsprozess vorantreiben und ein verbessertes Zeugenschutzprogramm einführen. Die vom Menschenrechtsrat verabschiedete Resolution zu Sri Lanka liegt jedoch weit hinter den Empfehlungen des Hochkommissars für Menschenrechte zurück. Sie fordert lediglich eine nationale Gerichtsbarkeit mit einer sehr vagen internationalen Beteiligung. Die GfbV war in Genf am Menschenrechtsrat vor Ort mit dabei.

Text: Yves Bowie, Fotos: GfbV, Shutterstock

IMPRESSUM:

VOICE 4-2015, Dezember 2015 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Nicole Huwyler, Sara Ryser **Layout:** Tania Brügger Marquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Yves Bowie, Anne Cugni, Stephan Müller, Magdalena Urrejola, Sara Ryser, Christoph Wiedmer **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8 000 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/ Jahr **Mitgliedsbeitrag:** mindestens CHF 60.–/ Jahr **Titelbildfoto:** Beat Schweizer

Endstation Hoffnung?



Foto: © Fabian Untermähler

Seit acht Jahren reist der Berner Fotograf Beat Schweizer immer wieder in den Kosovo – seine Fotoreportagen zeigen ein Land, das unfertiger nicht sein könnte.

Beat Schweizers Fotoreportagenserie «Kosovo – Unfinished Land» vereint sowohl Hoffnung als auch Perspektivlosigkeit des seit 2008 als unabhängig erklärten Kosovos. 109 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anerkennen den jüngsten Staat Europas, 84 akzeptieren seine Unabhängigkeit nicht.

HERR SCHWEIZER, WOHER STAMMT IHR INTERESSE FÜR DEN KOSOVO?

Das war Zufall. Ich fotografierte an einer Preisverleihung der «Stiftung für Freiheit und Menschenrechte» in Bern. Die NGO zeichnete 2007 Shpresa Agush, eine Romni aus dem Kosovo, für ihr Menschenrechtsengagement aus. Daraufhin schlug ich vor, eine Fotoreportage über Shpresa Agush und über Roma im Kosovo zu machen und reiste 2007 dorthin. Das war ein sehr wichtiger Punkt in meinem Leben, denn so lernte ich die Skenderis, eine Roma-Familie, kennen. Der Grundstein für mein Interesse und meine Liebe, zunächst für Südosteuropa, und später für Osteuropa, war gelegt. Am Kosovo faszinieren mich besonders die Menschen und ihre Gastfreundschaft – ihre Art, einen so zu nehmen, wie man ist. Die Menschen im Kosovo sind sehr offen und sobald man sie näher kennen lernt, merkt man, dass diese Offenheit echt ist.

WELCHE ERINNERUNGEN AN DIESE ERSTE REISE IN DEN KOSOVO SIND IHNEN BESONDERS GEBLIEBEN?

Die Begegnung mit der Familie Skenderi. Einer ihrer drei Söhne, Hajrudin, war damals unser Übersetzer. Ich freundete mich mit der Familie an und wurde Götti, «Kume», von ihrem Sohn Redzep. Ein prägendes Erlebnis und eine Ehre. Kurz nach der Geburt von Redzep reiste ich zu seiner Taufe in den Kosovo und an seinem ersten Geburtstag habe ich ihm, wie es Brauch ist, die Haare geschnitten. Seither besuche ich die Familie immer wieder – ein enger freundschaftlicher Kontakt, der bis heute anhält.

WELCHE WÜNSCHE HAT DIE FAMILIE FÜR DIE ZUKUNFT?

Für Skenderis ist wichtig, dass sie im Kosovo leben können, eine Arbeit haben, dass ihre Kinder glücklich aufwachsen, diese eine Ausbildung beginnen können und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Die Familie ist sehr gebildet, aber die Arbeitslosigkeit im Kosovo ist generell hoch und unter Minderheiten wie den Romas, Aschkalis und Ägyptern ist sie mit 95 bis 100% besonders hoch.

WIE HABEN SIE DIE SITUATION DER ROMA, ASCHKALI UND ÄGYPTER WAHRGENOMMEN?

In den acht Jahren hat sich im Kosovo natürlich viel verändert. Aber gerade in den sogenannten Roma-Mahallas, den Quartieren, in welchen die Romas leben, spüre ich noch immer eine grosse Perspektivlosigkeit. Es ist beinahe unvorstellbar, dass innerhalb Europas noch solche Zustände existieren: Häuser ohne Fenster bewohnt von Menschen, die am Boden schlafen müssen. Grosse Familien, die von weniger als 150 Euro im Monat leben müssen. Und Infrastrukturen, die diesen Namen eigentlich nicht verdient haben. Die Arbeitslosigkeit ist enorm hoch, nicht nur unter Romas, was sicher auch ein Grund für den Massensexodus im vergangenen Jahr ist. Aber es gibt auch Hoffnung und Verbesserungen, lokale NGOs welche sich explizit für die Minderheit der Roma einsetzen und versuchen der Diskriminierung entgegenzuwirken.

WARUM EIGNEN SICH FOTOS BESONDERS FÜR DIE SENSIBILISIERUNG EINES HEIKLEN THEMAS?

Bilder haben die Kraft, in kurzer Zeit Emotionen auszulösen. Via Sprache geht dies nicht so schnell und unvermittelt. Sozialreportagen-Fotografie ist jedoch eine heikle Disziplin, denn die Grenze zwischen der oft schrecklichen Realität und Voyeurismus ist schnell überschritten. In meinen Fotoreportagen versuche ich, Missstände über Symbole und nicht über simple harte Fakten aufzuzeigen. Mit Bildern, die etwas im Betrachter auslösen, das sonst nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Und es geht mir darum, die fotografierten Menschen nicht zu diskreditieren. Mir ist es sehr wichtig, sie mit Würde darzustellen.

>>>

Eine Auswahl der Kosovobilder von Beat Schweizer finden Sie auf seiner Webseite: beatschweizer.com

Interview: Anne Cugni

KALENDER 2016



Bestellen Sie den GfbV-Kalender 2016!

12 imposante Farbbilder im Format 44x32 cm zum Preis von 25.- (zzgl. Portokosten). Bestellung per Telefon (031 939 00 00) oder E-Mail (info@gfbv.ch).